



**PROTOKOLL**

# Sitzung der Vollversammlung

**Datum:** 27. März 2019

**Uhrzeit:** 16.18 Uhr – 18.28 Uhr

**Ort:** Konferenzzentrum des Ludwig Erhard Hauses

**Vorsitz:** Dr. Beatrice Kramm – Präsidentin

**Anwesend:** Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder.

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)

Christoph Irrgang (Stellvertretender Hauptgeschäftsführer)

Vesna Mokorel Kalusa (Protokollführerin)

## Tagesordnung:

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlungssitzung vom 11. Januar 2019**

**TOP 2: Aktuelle Senatspolitik**

**TOP 3: Bildungsprojekte**

**TOP 4: Vorstellung des neuen Sprechers der Wirtschaftsunioren**

**TOP 5: Themen aus der Vollversammlung**

**TOP 6: Regularien**

**TOP 7: Verschiedenes**

Die Vollversammlung genehmigt einstimmig die Tagesordnung.

Beim Eintritt in die Tagesordnung sind 52 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

## **TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlungssitzung vom 11. Januar 2019**

Zum Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 11. Januar 2019 gab es keine Protokolleinwände.

**Die Vollversammlung genehmigt sodann bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung das Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 11. Januar 2019.**

## TOP 2: Aktuelle Senatspolitik

Frau Dr. Kramm berichtet der Vollversammlung zur aktuellen Senatpolitik. Die Halbzeit der Legislaturperiode des aktuellen Berliner Senats ist erreicht. Aus diesem Anlass haben die Mitglieder der Gremien der IHK Berlin im Rahmen einer Umfrage die bisherige Senatsarbeit bewertet und die wichtigsten Baustellen für die verbleibende Legislaturperiode definiert. Das Ergebnis fällt aus der Sicht der Berliner Wirtschaft ernüchternd aus, denn weniger als 5 Prozent der ehrenamtlich engagierten Unternehmerinnen und Unternehmer bewerten die wirtschaftspolitische Arbeit des Senats mit der Note „gut“.

Das Thema Verwaltung als Dauerbrenner steht in der Umfrage ganz oben bei den negativ bewerteten Themen. Strukturelle Defizite, Schwächen in den Abläufen sowie fehlendes Personal sind zur Belastungsprobe für den Wirtschaftsstandort geworden. Die Koalition hat dieses Problem zwar erkannt und angegangen, nichtsdestotrotz fehlt den Unternehmen aufgrund der Verzögerungen bei der Umsetzung das nötige Vertrauen in politische Lösungen.

Infrastruktur und Verkehrspolitik sind in der Umfrage auf Platz zwei gewählt worden. Denn auch hier gilt: Einzelne Elemente stimmen, aber die ganzheitliche Abwägung unterschiedlicher Interessen fällt wieder einmal zu Ungunsten der Berliner Wirtschaft aus. Unzählige Staus in der Stadt, unzureichende Kapazitäten des Nahverkehrs und drohende Dieselverbote sind nur einige Problemzonen, mit denen der Wirtschaftsverkehr täglich zu kämpfen hat und auch künftig haben wird.

Nicht zuletzt geht Frau Dr. Kramm auf das Thema Wohnungsbau ein. Auch bei diesem Zukunftsfeld habe der Senat die Problemlage zwar erkannt, jedoch in der aktuellen Enteignungsdebatte vollständig seine Orientierung verloren. Enteignungen hätten fatale Auswirkungen auf den Landeshaushalt und das Investitionsklima in Berlin – und damit auf die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsstandorts. Außerdem würde der Senat damit keine einzige der dringend benötigten neuen Wohnungen schaffen. Zusätzlich kann der Senat mit Instrumenten wie Mietpreisbremse, Milieuschutz oder Rekommunalisierung den selbst gesteckten Wohnungsbauzielen nicht gerecht werden.

Frau Dr. Kramm schließt mit einem Appell an den Berliner Senat, seine Richtung bei den wirtschaftspolitischen Themen zu justieren und die Probleme in der zweiten Hälfte seiner Legislaturperiode entschlossener anzugehen.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Damen Delégue und Dr. Kramm sowie die Herren Dortans, Eder, Fietkau, Klussmann und Dr. Wiese. Auch im Plenum prägen die Themen Konjunktur, Verwaltung, Verkehr sowie Wohnungsbau die Diskussion. Zunächst werden die ökonomischen Rahmendaten thematisiert. Die Runde äußert die Sorge, dass sich die konjunkturelle Lage in Berlin künftig eintrüben könnte. Es wird daraufhin erläutert, dass sich die Konjunktur in Berlin zurzeit trotz leichter Eintrübungen zu Beginn dieses Jahres immer noch auf einem hohen Niveau befindet. Die Prognose für das laufende Jahr sieht aus Sicht der IHK Berlin ein Wachstum von 1,6 bis 1,7 Prozent vor. Diese gute konjunkturelle Lage untermauern auch die guten Arbeitsmarktzahlen.

Ein weiteres Thema ist die Verwaltungsmodernisierung. In diesem Zusammenhang werden Schwächen in den Abläufen, die zu langen Warte- und Bearbeitungszeiten (z.B. bei den Bauanträgen) führen, sowie fehlendes Personal diskutiert. Der Senat hat die Probleme erkannt, es fehlt ihm jedoch der Umsetzungswille. Aus diesem Grund hat die IHK Berlin mit mittlerweile über 30 Partnern die Kampagne „Eine starke Stadt. Eine Starke Verwaltung.“ gestartet. Mit einer breiten Unterstützung aus der Gesellschaft möchte sie den Druck auf den Senat beim Thema Verwaltungsmodernisierung aufrechterhalten und mit ihm zu konkreten Lösungsvorschlägen kommen.

Auch die Verkehrspolitik, insbesondere die drohenden Dieselfahrverbote, werden diskutiert. Die Runde erörtert die Lösungsvorschläge der IHK Berlin, die den Wirtschaftsverkehr in dieser Lage unterstützen können. Es wird erläutert, dass die IHK Berlin beim Thema Dieselfahrverbote gemeinsam mit der Handwerkskammer eine Ausnahmeregelung erreicht hat, nach der die Anlieger an den betroffenen Straßen aus den Dieselfahrverboten ausgenommen sind. Des Weiteren hat die IHK Berlin in den letzten Jahren bei Verkehrspolitik mit unterschiedlichen Positionierungen viele ganz konkrete Vorschläge an die Berliner Politik adressiert, wie die Problemfelder gemeinsam mit der Wirtschaft effektiv angegangen werden können.

Als letztes wird das Thema Wohnungsbau diskutiert. Es wird bestätigt, dass Knappheit an Wohnraum in Berlin auch für die Unternehmen eines der drängendsten Probleme ist, denn der Wirtschaftsstandort benötigt für die Mitarbeiter ein quantitativ und qualitativ angemessenes Angebot. In diesem Zusammenhang wird erneut auf die strukturellen Defizite und lange Wartezeiten in der Verwaltung hingewiesen. Die Runde schließt die Debatte mit einem Aufruf an die Berliner Politik, sich eindeutig gegen Enteignung zu positionieren, Probleme entschlossener anzugehen und die Lösungen mutiger umzusetzen.

### **TOP 3: Bildungsprojekte**

In der letzten Legislaturperiode hat die Vollversammlung der IHK Berlin entschieden, finanzielle Mittel aus den Überschüssen für innovative Bildungsprojekte zur Verfügung zu stellen, um dem wachsenden Fachkräftemangel in der Stadt entgegenzuwirken. Durch diese Initiative soll insbesondere die Ausbildungs- und Berufsreife leistungsschwacher Schüler/Schulabgänger und die praxisbezogene Berufsorientierung, die Exzellenz von akademischer Lehre und angewandter Forschung vor allem im MINT-Bereich sowie die Integration Geflüchteter in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gefördert werden. In zwei Ausschreibungsrunden wurden - durch den dafür ins Leben gerufenen Lenkungskreis aus der Mitte der Vollversammlung - über 350 Projektskizzen bewertet, eine Bestenauswahl getroffen und 21 erfolgversprechende Projektanträge bewilligt. Im Jahr 2015 ist die Initiative „Innovative Bildungsprojekte“ gestartet. Projekte werden in drei Förderlinien unterstützt: „Berufliche Bildung“, „Akademische Bildung & Wissenstransfer“ sowie „Integration Geflüchteter in Ausbildung und Arbeit“. Die ersten Projekte mit den Best-Practice-Lösungen sind nun abgeschlossen. Frau Dr. Haß gibt anhand der als Anlage 2 beigefügten Präsentation einen Überblick über die ersten Ergebnisse dieser Initiative.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Dr. Haß sowie die Herren Eder und Mießen. Zunächst wird die Relation zwischen der in der ersten Förderlinie "Berufliche Bildung" erreichten hohen Schülerzahl und den tatsächlich erfolgten Vermittlungen in Praktika und Ausbildung hinterfragt. Es wird erklärt, dass die konkrete Erfolgsbilanz nur anhand der direkten Ergebnisse in

den einzelnen Projekten selbst eruiert werden kann. Da jedoch die Zahl der mit den Projekten angesprochenen Schüler und Multiplikatoren um ein Vielfaches höher ist, kann davon ausgegangen werden, dass auch über den eigentlichen Projektrahmen hinaus das Interesse für eine duale Ausbildung geweckt wurde und dies zu zusätzlichen Praktikumsplätzen und Ausbildungsverhältnissen jenseits der projektbezogenen Förderung führt. Bislang wurden für die Förderung der Bildungsprojekte ca. 11 Mio Euro verwendet. Die noch nicht beendeten Projekte werden 2019 und 2020 weiter aus Mitteln der dafür gebildeten Rücklage finanziert. Da es keine weitere Förderungsrunde geben wird, hatte die Vollversammlung im Januar beschlossen, die restlichen Mittel der Rücklage in eine neue Rücklage für das Projekte Talente Check zu überführen und den überschüssigen Betrag dem allgemeinen Haushalt zuzuführen.

## TOP 4: Vorstellung des neuen Sprechers der Wirtschaftsunioren

Seit über 60 Jahren engagieren sich junge Unternehmer und Führungskräfte bei den Wirtschaftsunioren Berlin. Auch für die IHK Berlin spielen die Wirtschaftsunioren eine wichtige Rolle und Frau Dr. Kramm freut sich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit ihnen. Bei den Wirtschaftsunioren gilt das Motto: one year to lead. Im Herbst letzten Jahres wurde Herr David Rohde (Geschäftsführer der Terminal D Medienproduktion GmbH) zu deren Sprecher für das Jahr 2019 gewählt. Herr Rohde stellt sich und die wichtigsten Projekte der Wirtschaftsunioren, insbesondere die im September 2020 in Berlin stattfindende Bundeskonferenz, vor. Bei der Konferenz, die sich unter dem Motto „MENSCH. ZUKUNFT.“ den Themen Fachkräftegewinnung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit widmet, werden bis 1.500 Wirtschaftsunioren aus dem ganzen Bundesgebiet erwartet. Herr Rohde verbindet dies mit dem Aufruf an alle Vollversammlungsmitglieder, sich selbst beim Netzwerk zu engagieren oder ihre jungen Führungskräfte darauf aufmerksam zu machen.

## TOP 5: Themen aus der Vollversammlung

### 1. Stellungnahmen der Ausschussmitglieder Heinrich Strößenreuther und Frank Masurat

**Frau Dr. Kramm** erinnert daran, dass die Vollversammlung in ihrer Januarsitzung die unabgestimmten Presseveröffentlichungen durch die Herren Heinrich Strößenreuther und Frank Masurat im Vorfeld einer Ausschusssitzung missbilligt hat. Gegenstand der Beschlussfassung war die Erwartung, dass sich ein solches Verhalten nicht mehr wiederholen sollte. Die beiden Ausschussmitglieder wurden gebeten, der Vollversammlung ihre diesbezüglichen Stellungnahmen zukommen zu lassen. Diese wurden der Vollversammlung als Anlage 1 zur Einladung mitversendet. Die Vollversammlung müsse nun entscheiden, ob sie die Stellungnahmen für ausreichend und die Angelegenheit damit für erledigt halte.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Damen Delégue, Dr. Kramm, Mrowetz und Tittel sowie die Herren Mang und Weber. Ob die Stellungnahmen der beiden Ausschussmitglieder

ausreichend deutlich erkennen lassen, dass diese das missbilligte Verhalten zukünftig unterlassen wollen, wird unterschiedlich eingeschätzt.

**Die Vollversammlung beschließt sodann bei 13 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen, dass sie die Angelegenheit gleichwohl mit den beiden Stellungnahmen für abgeschlossen hält.**

## **2. Bericht über den aktuellen Stand im Klageverfahren der IHK Berlin gegen Herrn Janßen**

Da die Vollversammlungsmitglieder nach dem Stand im Klageverfahren nachgefragt haben, geht Herr Irrgang zunächst grundsätzlich auf Aspekte des Ehrschutzes ein und betont, dass niemand wegen seiner ehrenamtlichen oder hauptamtlichen Tätigkeit für die IHK Berlin in seiner Ehre verletzt werden solle. Die IHK schütze Ehrenamt und Mitarbeiter, wenn sie Gegenstand unwahrer oder ehrverletzender Äußerungen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für die IHK Berlin würden. Zu diesem Schutz gehöre es auch, dass der Ehrverletzer, sofern er eine Unterlassungserklärung abgebe, auch die Kosten der Abmahnung trage, denn die Persönlichkeitsrechtsverletzungen dürften nicht risikolos sein. Wenn Ehrverletzer finanzielle Folgen vermeiden könnten, indem sie lediglich Unterlassung erklären, entstehe kein wirksamer Schutz vor künftigen Ehrverletzungen. Deshalb sei es auch richtig, den Kostenerstattungsanspruch gegen Herrn Janßen durchzusetzen. Nachdem die Klage in der ersten Instanz zurückgewiesen wurde, bestünden in der Berufung vor dem Landgericht gute Erfolgsaussichten. Der abschließende Gerichtstermin ist im Mai terminiert.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Damen Dr. Kramm und Heenemann sowie die Herren Dreusicke und Janßen. Frau Dr. Kramm erläutert, dass sie zwei Versuche unternommen habe, den Streit mit Herrn Janßen außergerichtlich zu beenden. Beide Versuche sind jedoch gescheitert. Die vorangegangene Vollversammlung habe beschlossen, den Kostenerstattungsanspruch durchzusetzen. Das dann notwendige Klageverfahren sei so weit fortgeschritten, dass die Klage nicht mehr sinnvoll zurückgezogen werden kann. Herr Janßen beschreitet in der Diskussion die Vorwürfe der Ehrverletzung.

Herr Dreusicke beantragt, die Debatte zu diesem Thema in der Vollversammlungssitzungen zu beenden. Weitere Anträge zur Beendigung des Verfahrens werden nicht gestellt.

**Die Vollversammlung folgt dem Antrag von Herrn Dreusicke und beschließt sodann bei zwei Enthaltungen, die Debatte über das Thema zu beenden.**

Im Nachgang zur Vollversammlungssitzung reichte Herr Janßen eine persönliche Erklärung zum Protokoll ein. Diese ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

### **3. Gesetzesentwurf zur Einführung des Bestellerprinzips beim Wohnimmobilienkauf**

Herr Wohltorf berichtet der Vollversammlung, dass angesichts der steigenden Immobilienpreise verstärkt über das Thema der Kaufnebenkosten wie Grunderwerbsteuer, Notarkosten oder die Maklerprovision nachgedacht wird. Dazu wurde nun vom Bundesjustizministerium ein neuer Gesetzesentwurf zur Einführung des sogenannten „Bestellerprinzips“ beim Wohnimmobilienkauf vorgeschlagen. Bei der Vermittlung von Mietwohnungen gilt bereits seit 2015 das Bestellerprinzip, nach dem derjenige, der den Makler bestellt hat, ihn auch bezahlt. Nun wird ein Bestellerprinzip ebenso für Immobilienkäufe, auch gewerbliche, diskutiert. Diese neue Regelung greife in die Vertragsfreiheit und somit in den freien Markt ein, deshalb ruft Herr Wohltorf die Vollversammlung auf, sich gegen diesen neuen Entwurf zu positionieren.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Dr. Kramm sowie die Herren Gruhn und Lotz. Die Runde ist sich einig, dass es sich um ein komplexes Thema handelt. Deshalb soll sich die Vollversammlung vor weiteren Diskussionen im Plenum und vor einer eventuellen Beschlussfassung zunächst die Expertise der zuständigen Ausschüsse einholen. In ihrer kommenden Sitzung soll die Vollversammlung über das Thema erneut beraten und ggf. einen Beschluss fassen.

**Die Vollversammlung folgt bei zwei Enthaltungen diesem Vorschlag und verweist das Thema in den Fachausschuss Stadtentwicklung und Infrastruktur sowie den Branchenausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft. In der kommenden Sitzung am 17. Juni 2019 soll die Vollversammlung aufgrund der Expertise aus den beiden zuständigen Ausschüssen über das Thema erneut beraten und ggf. einen Beschluss fassen.**

## **TOP 6: Regularien**

### **Nachberufungen in die Ausschüsse**

Frau Dr. Kramm berichtet die Vollversammlung, dass seit der letzten Sitzung weitere Interessenbekundungen für die Mitarbeit in den Ausschüssen der IHK Berlin vorliegen. Die Interessentenliste wurde als Anlage 2 zur Einladung mitversendet.

**Die Vollversammlung stimmt den Nachberufungsvorschlägen, wie in der Anlage 2 zur Einladung mitversendet, einstimmig zu.**

## **TOP 7: Verschiedenes**


Die Vollversammlung verabschiedet Frau Dr. Haß, die Anfang Juni altersbedingt aus der IHK Berlin ausscheidet und daher an ihrer letzten Vollversammlungssitzung teilnimmt. Frau Dr. Haß ist seit 1991 bei der IHK Berlin tätig und hat viele Themen erfolgreich begleitet. Besonders bei den Themen Innovations- und Hochschulpolitik prägte sie über viele Jahre die IHK Berlin und stand dabei dem Ehrenamt sowie der Berliner Unternehmerschaft immer mit Rat und Tat zur Seite. Einige

Entwicklungen in der Stadt tragen so ihre Hand. In den letzten Jahren verantwortet Frau Dr. Haß viele wichtige übergreifende Projekte, wie z.B. die Bildungsprojekte, Langstreckenverbindungen, Brexit sowie die Verwaltungskampagne. Frau Dr. Kramm bedankt sich bei Frau Dr. Haß für ihr herausragendes Engagement und wünscht ihr im Namen der Vollversammlung alles Gute für ihren neuen Lebensabschnitt.

Abschließend teilt Frau Dr. Kramm der Vollversammlung mit, dass die nächsten Vollversammlungssitzungen aufgrund der anstehenden Bauarbeiten in der Passage des Ludwig Erhard Hauses extern durchgeführt werden müssen. Die kommende Sitzung am 17. Juni 2019 mit anschließendem Sommerfest wird im Spreespeicher, Stralauer Alle 2, 10245 Berlin, stattfinden.

Frau Dr. Kramm schließt die Sitzung um 18:28 Uhr.

Berlin, den 11. April 2019



Dr. Beatrice Kramm  
Präsidentin



Jan Eder  
Hauptgeschäftsführer

**Anlagen:**

- Anlage 1: Anwesenheitsliste der Teilnehmer
- Anlage 2: Präsentation Bildungsprojekte
- Anlage 3: Persönliche Erklärung Herrn Janßens zum Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 27. März 2019